

Begründung

zur Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet

„Hammelwarder Sand“

Inhaltsverzeichnis:

1. Anlass der Schutzgebietsausweisung	2
2. Gebietsbeschreibung	2
2.1 Kurzcharakteristik/ gebietsprägende Landschaftselemente	2
2.2 Abgrenzung und Umgebung des LSG.....	3
2.3 Nutzungen und Eigentumsverhältnisse	4
3. Schutzwürdigkeit	5
4. Gefährdungen und Schutzbedürftigkeit	8
5. Übersicht über die Regelungen des Verordnungsentwurfs.....	8

1. Anlass der Schutzgebietsausweisung

Auf Grundlage der Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 02.04.1979 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (Vogelschutzrichtlinie) und der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) wurden in Deutschland bestimmte Gebiete als EU-Vogelschutz- bzw. Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) an die EU-Kommission gemeldet, um den Bestand bestimmter bedrohter Lebensraumtypen sowie Tier- und Pflanzenarten dauerhaft zu erhalten und ggf. zu entwickeln. Die Gesamtheit aus FFH- und EU-Vogelschutzgebieten bildet das europäische Schutzgebietsnetz „NATURA 2000“.

Die o.a. Richtlinien schreiben vor, dass die gemeldeten Gebiete im jeweiligen Mitgliedsstaat in einem weiteren Schritt als besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen. In Deutschland ist diese Regelung in das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eingegangen. So ist in § 32 Abs. 2 BNatSchG festgelegt, dass EU-Vogelschutzgebiete und FFH-Gebiete zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG zu erklären sind.

Für die EU-Vogelschutzgebiete hätte die Unterschutzstellung dabei umgehend nach dem Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste der Gebiete gemeinschaftlicher Bedeutung erfolgen müssen. Um dieser Verpflichtung nun abschließend nachzukommen, soll der in der Karte zum Verordnungsentwurf dargestellte, in dem Gebiet der Gemeinde Hagen im Bremischen im Landkreis Cuxhaven gelegene Bereich des EU-Vogelschutzgebietes V27 „Unterweser“ (DE 2617-401; gemeldet im Juni 2001) zum Landschaftsschutzgebiet „Hammelwarder Sand“ erklärt werden.

Die Erklärung der NATURA 2000-Gebiete zu einem geschützten Teil von Natur und Landschaft - hier konkret zu einem Landschaftsschutzgebiet (LSG) gemäß § 26 BNatSchG in Verbindung mit den §§ 14, 15, 19, 23, 32 Abs. 1 NAGBNatSchG - schafft eine rechtsverbindliche Regelung zur Sicherung des Gebietes. Darüber hinaus stellt sie den Maßstab für Verträglichkeitsprüfungen nach § 34 Abs. 1 BNatSchG dar.

Ein Schutz der für die außendeichs gelegenen Marschenflächen mit ihrem charakteristischen Landschaftsbild sowie der vorkommenden, z.T. gefährdeten Arten und Lebensgemeinschaften wild wachsender Pflanzen und Tiere ist neben den EU-rechtlichen Anforderungen auch aus landesweiter und regionaler Sicht zu gewährleisten. Die Landschaft im Bereich des LSG zeichnet sich dabei durch eine schützenswerte besondere Eigenart und hervorragende Schönheit aus.

2. Gebietsbeschreibung

2.1 Kurzcharakteristik/ gebietsprägende Landschaftselemente

Das LSG „Hammelwarder Sand“ umfasst die Außendeichsflächen zwischen der Ortschaft Offenwarden im Norden und der Kreisgrenze zum Landkreis Osterholz im Süden. Im Westen bildet der Rechte Nebenarm der Weser und im Osten der Landesschutzdeich die Grenze des

LSG. Die auf dem Hammelwarder Sand gelegenen Pütten, der Aschwardener Flutgraben inkl. der Gewässerrandstreifen sowie mehrere weitere Gewässer sind Teil des Naturschutzgebietes „Teichfledermausgewässer“ und werden somit vom LSG z.T. umschlossen .

Naturräumlich kann das Gebiet den Regionen „Watten und Marschen“ – Untereinheit „Unterweser und Vorland“ – zugeordnet werden.

Das weiträumig offene Marschgebiet ist überwiegend durch Grünland- und Ackernutzung geprägt. Es ist von röhrichtgesäumten Gräben, Baljen sowie Fleeten durchzogen und von einem Sommerdeich im Westen und vom Hauptdeich im Osten umgrenzt. Kleinräumig verteilt finden sich auch ungenutzte Röhrichtkomplexe und mehrere Pütten im Gebiet. Bei winterlichem Sturmflut-Hochwasser können die terrestrischen Bereiche teilweise überschwemmt werden.

Das Landschaftsbild ist geprägt durch die offene, größtenteils gehölzarme, weithin einsehbare tafelfläche Marsch mit teilweise naturnah ausgebildeten Übergängen und Grenzlinien zwischen Land und Wasser. Das LSG hat eine hohe Bedeutung als Brutgebiet für zahlreiche Vogelarten, die an Wasser-, Röhricht- und Grünland gebunden sind. Darüber hinaus kommt den Flächen im Überschwemmungsgebiet der Unterweser eine herausragende Bedeutung als Nahrungs- und Rastgebiet für zahlreiche Zugvogelarten zu. Teile des LSG sind zudem bedeutsam als Nahrungsreviere für den Weißstorch. Ferner hat das LSG eine wichtige Funktion für die Hochwasserretention bei Sturmfluten und für die landschaftsbezogene Erholung.

2.2 Abgrenzung des LSG

Das LSG orientiert sich in seiner Abgrenzung in weiten Teilen an dem Verlauf des EU-Vogelschutzgebietes V27 „Unterweser“. Dabei umschließt es die im Planungsraum bereits über das NSG „Teichfledermausgewässer“ gesicherten Bereiche und grenzt im Westen und Norden an das NSG „Tideweser“ an.

Im Osten verläuft die Grenze des LSG entlang des Landesschutzdeiches. Der Deichkörper ist dabei nicht Bestandteil des LSG. Im Westen wird der hier verlaufende Sommerdeich in das LSG einbezogen. Der angrenzende „Rechte Nebenarm der Weser“ mit seinen von Röhrichten bestandenen Ufern ist Teil des NSG „Tiedeweser“. Im Süden stellt die Grenze zum Landkreis Osterholz auch die Grenze des LSG dar.

Die Grenzziehung des LSG resultiert im Wesentlichen aus einer Präzisierung des Vogelschutzgebietes V27 „Unterweser“ und des Grenzverlaufes der bestehenden Naturschutzgebiete „Tideweser“ und „Teichfledermausgewässer“.

Die Außengrenzen des LSG orientieren sich an Flurstücksgrenzen, dem Deichbestick sowie den Grenzen der o.a. Naturschutzgebiete. Die konkreten Grenzverläufe sind den gemäß § 1 Abs. 3 der LSG-VO beigefügten Übersichtskarte im Maßstab 1:XX und der Detailkarte im Maßstab 1:XX zu entnehmen.

Durch die Lage des LSG im Außendeichbereich der Unterweser bzw. zwischen dem Landesschutzdeich im Osten und dem Sommerdeich im Westen können die Flächen innerhalb des LSG grundsätzlich sehr gut visuell von der Umgebung abgegrenzt werden. Schwieriger wird

dieses visuelle Abgrenzung allerdings entlang der Grenzen zum bestehenden NSG „Teichfeldermausgewässer“. Da hier neben den Gewässern z.T. auch ein 10 m breiter Gewässerrandstreifen innerhalb des NSG's liegt, ist eine optische Abgrenzung zwischen NSG und LSG wie z.B. anhand von Nutzungsstrukturen oder Landschaftsstrukturen nur bedingt gegeben.

2.3 Nutzungen und Eigentumsverhältnisse

Das LSG „Hammelwarder Sand“ hat eine Größe von rund **XX** ha und fasst die im Landkreis Cuxhaven liegenden und bislang nicht als NSG gesicherten Flächen des Vogelschutzgebietes V 27 „Unterweser“ vollständig ein.

Das Gebiet wird durch unterschiedliche Nutzungsansprüche gegliedert. Dabei wird das fruchtbare Marschenland durch eine überwiegend recht intensive Grünland- und Ackernutzung geprägt. Neben dem Mais- und Getreideanbau findet auf einigen der Ackerflächen im Fruchtwechsel auch ein Anbau von Kohl statt. Nur vereinzelt sind auch extensiv genutzte Grünländer oder vollständig ungenutzte Bereiche vorhanden.

Die Flächen werden dabei von röhrichtgesäumten Gräben, Baljen sowie Fleeten durchzogen. Kleinräumig verteilt finden sich auch Röhrichtkomplexe und mehrere Pütten im Gebiet. Auch wenn die Flächen zwischen Sommer- und Hauptdeich nicht direkt an die Tidedynamik des Weserästuars angeschlossen sind, werden sie regelmäßig bei stärkeren Hochwasserereignissen überschwemmt.

Im südlichen Teil liegt auf einer Wurth eine landwirtschaftliche Hofstelle mit Wohnhaus im LSG. Ein weiteres im Nahbereich der Hofstelle vorhandenes Gebäude wird als Wochenendhaus genutzt. Unter Berücksichtigung der Grenzen des Vogelschutzgebietes wird auf eine Ausgrenzung der Hofstelle und der Gebäude unter dem Vorbehalt verzichtet, dass die rechtmäßige Nutzung der Gebäude sowie der umgrenzenden gärtnerisch genutzten Flächen weiterhin freigestellt bleibt und nicht durch Regelungen der Verordnung reglementiert wird.

Das Gebiet ist durch mehrere Infrastruktureinrichtungen erschlossen bzw. wird von diesen durchgequert. So verlaufen mehrere Wirtschaftswege durch das LSG. Darüber hinaus verläuft der Deichverteidigungs- bzw. Treibselräumweg entlang bzw. parallel zur LSG-Grenze.

Um eine Entwässerung der Nutzflächen zu gewährleisten, wird im LSG die gesetzlich vorgeschriebene Gewässerunterhaltung durchgeführt. Die zahlreichen Gräben, Siele und Flethe werden dabei über ihre Vorfluter über Schöpf- oder Pumpwerke entwässert.

In Westen umfasst das LSG auch den Sommerdeich und weitere Küstenschutz- und Hochwasserschutzanlagen. Um hier die Deichsicherheit gewährleisten zu können, müssen regelmäßig Pflege-, Unterhaltung -und Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Die Eigentumsverhältnisse im LSG zeigen sich sehr heterogen. Dabei befindet sich der überwiegende Anteil der landwirtschaftlichen Nutzflächen im Privatbesitz. Mehrere Flächen sind

aber auch im öffentlichen Eigentum oder als Kompensationsflächen gebunden. Die Gewässer sind z.T. im Eigentum des Unterhaltungs-, Deich- oder Sommerdeichverbandes.

3. Schutzwürdigkeit

Aufgrund der großräumigen Lebensräume, der Lage im Überschwemmungsgebiet der Unterweser und der unterschiedlichen Nutzungsstrukturen zeigt das LSG eine hohe Schutzwürdigkeit auf.

Die weitläufigen Marschflächen auf dem Hammelwarder Sand sind dabei ein bedeutendes Rast- und Nahrungsgebiet für verschiedene Gastvögel wie z. B. Singschwan, Blässgans und Kiebitz. Sie benötigen für ihre Erhaltung und Entwicklung geeignete und beruhigte Nahrungs- und Rastplätze sowie freie Sichtverhältnisse in der offenen Landschaft. Außerdem ist die Freihaltung der Verbindungskorridore von störenden technischen Anlagen (wie z.B. Windrädern) sowohl zwischen Rast- und Nahrungshabitaten als auch zu den benachbarten Flächen im Umfeld der Weser sicher zu stellen.

In der Bewertung der avifaunistisch wertvollen Bereiche ist der Hammelwarder Sand als national bedeutender Brutvogellebensraum eingestuft worden. Hier handelt es sich insbesondere um einen Schwerpunktraum für Brutvögel der Röhrichte. So werden die Röhrichtflächen entlang der Sieltiefs und Gräben unter anderem von Arten wie Wasseralle, Bartmeise, Blaukehlchen und verschiedenen Schwirl- und Rohrsänger- Arten besiedelt. Flächendeckend kommen Rohrammer, Blaukehlchen und Teichrohrsänger in relativ konstant hohen Brutpaarzahlen vor. Für die Bestände von Schilfrohrsänger und Teichrohrsänger zeichnen sich positive Entwicklungstrends ab. Eine Bedeutung besteht zusätzlich für Brutvögel der Gewässer und des Feuchtgrünlandes wie Kiebitz, Rotschenkel, Feldlerche oder Uferschnepfe.

Neben seiner Bedeutung als Brutvogellebensraum wird der Hammelwarder Sand als international bedeutender Gastvogellebensraum bewertet. Dabei ist das Vogelschutzgebiet „Unterweser“ ein international bedeutendes Rastgebiet für mindestens eine Gänseart und den Zwergschwan und wird regelmäßig u.a. von einer hohen Anzahl an Grau-, Bläss- und Nonnengänsen genutzt. Die Vögel nutzen dabei die Grünländer und Ackerflächen als Nahrungsflächen und Rastplätze, während die größeren Pütten im Umfeld vorwiegend als Schlaf- und Zwischenrastgewässer dienen. Die Grünländer werden darüber hinaus aber auch von Goldregenpfeifern, Kiebitzen und Großen Brachvögeln genutzt. Daneben sind z.B. Rapskulturen für Schwäne und Gänse bevorzugte Nahrungsflächen. Im gesamten Außendeichsgebiet kommt es bei Überschwemmungen auch schon im Herbst zu erheblichen Rastsummen von Möwen und Kiebitzen. Der westlich an das LSG angrenzende Rechte Nebenarm dient u.a. als Fluchtgewässer bei Störungen in den Grünlandgebieten, sowie als Schlafplatz (nachts) und Nahrungshabitat (Schilfrhizome v.a. für Graugans) von Schwan-, Gänse- und Entenarten (auch v.a. bei Vereisung der Teiche).

Der Schutzzweck in § 2 der LSG-VO soll die Erhaltungsziele für die Vogelarten konkretisieren, die im Vogelschutzgebiet vorkommen. Die Erhaltungsziele dienen dabei der Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes dieser Arten nach Art. 4 Abs. 1 und 2 der Vogelschutzrichtlinie.

Die Signifikanz der im LSG vorkommenden Arten wurde durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten und Naturschutz (NLWKN) bzw. die Staatliche Vogelschutzwarte aus landesweiter Sicht im Rahmen entsprechender Erfassungen überprüft und in Standarddatenbögen (SDB) festgehalten. Aufgrund naturräumlicher und populationsdynamischer Prozesse können die SDB nur den derzeitigen Zustand festhalten und sind nicht als abschließendes Dokument zu verstehen.

Der Erhaltungszustand der Arten wird als günstig erachtet, wenn aufgrund der Daten über die Populationsdynamik anzunehmen ist, dass diese Arten lebensfähige Elemente des natürlichen Lebensraumes bilden, dem sie angehören, und langfristig weiterhin bilden werden. Das natürliche Verbreitungsgebiet dieser Arten nimmt weder ab, noch wird es in absehbarer Zeit abnehmen. Zudem ist ein genügend großer Lebensraum vorhanden und wahrscheinlich wird dieser weiterhin vorhanden sein, um ein langfristiges Überleben der Population dieser Arten zu sichern.

Unter § 2 Abs. 2 bis 5 der LSG-VO werden Erhaltungs- und Entwicklungsziele aufgelistet, die nach eingehender Prüfung erforderlich sind, um die vorangestellten Anforderungen zu erfüllen. Hierbei sind insbesondere die ornithologischen Anforderungen bzw. Habitatsprüche der wertgebenden Vogelarten gem. Art. 4 Abs. 1 und 2 VSchR sowie weiterer maßgeblicher Vogelarten berücksichtigt worden. Wertbestimmende Vogelarten sind jene Arten, die für die Identifizierung von EU-Vogelschutzgebieten in Niedersachsen von hervorgehobener Bedeutung sind. Sie verleihen einem bestimmten Gebiet durch ihr Vorkommen einen besonderen Wert (z. B. indem sie das Gebiet zu einem der fünf wichtigsten Brutgebiete für die Art in Niedersachsen machen bzw. ihre Gastvogelbestände hier internationale Bedeutung erreichen).

Nach Art. 4 Abs. 1 VSchR sind insbesondere für die wertbestimmenden Brut- und Gastvogelarten besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Lebensräume zu treffen, um ihr Überleben und ihre Verbreitung in dem Gebiet sicherzustellen. Für die im Planungsraum betroffenen Teile des Vogelschutzgebietes V27 zählen dabei Rohrweihe (*Circus aeruginosus*), Wachtelkönig (*Crex crex*), Weißsterniges Blaukehlchen (*Luscinia svecica*), Säbelschnäbler (*Recurvirostra avosetta*), Singschwan (*Cygnus cygnus*) und Weißwangengans (*Branta leucopsis*) zu den wertbestimmenden Brut- und Gastvogelarten (siehe § 2 Abs. 5 Nr. 2 der LSG-VO)

Zudem treffen gem. Art. 4 Abs. 2 VSchR die Mitgliedstaaten der EU unter Berücksichtigung der Schutzerfordernisse in dem geografischen Meeres- und Landgebiet, in dem diese Richtlinie Anwendung findet, entsprechende Maßnahmen für die nicht in Anhang I aufgeführten, regelmäßig auftretenden Zugvogelarten hinsichtlich ihrer Vermehrungs-, Mauser- und Überwinterungsgebiete sowie der Rastplätze in ihren Wanderungsgebieten. Zu diesem Zweck messen die Mitgliedstaaten dem Schutz der Feuchtgebiete und ganz besonders der international bedeutsamen Feuchtgebiete besondere Bedeutung bei. Zu den wertgebenden Zugvogelarten

gem. Art. 4 Abs. 2 VSchR gehören im betroffenen Teil des Vogelschutzgebietes Braunkehlchen (*Saxicola rubetra*), Rohrschwirl (*Locustella luscinioides*), Rotschenkel (*Tringa totanus*), Schilfrohrsänger (*Acrocephalus schoenobaenus*), Wasserralle (*Rallus aquaticus*), Blässgans (*Anser albifrons*), Graugans (*Anser anser*), Kiebitz (*Vanellus vanellus*), Lachmöwe (*Larus ridibundus*), Löffelente (*Anas clypeata*), Mantelmöwe (*Larus marinus*) und Pfeifente (*Anas penelope*) (siehe § 2 Abs. 5 Nr. 3 der LSG-VO).

Für die weiteren, im SDB aufgeführten Brut- und Gastvogelarten, die nicht wertbestimmend für das Vogelschutzgebiet V27 sind, werden keine konkreten Erhaltungsziele formuliert. Hier ist die Erhaltung und Förderung eines langfristig überlebensfähigen Bestandes der einzelnen Art wesentliches Ziel des Schutzgebietes (siehe § 2 Abs. 5 Nr. 4 der LSG-VO).

Nicht für V27 wertbestimmende Brut- und Gastvogelarten:

- Drosselrohrsänger (*Acrocephalus arundinaceus*)
- Flußuferläufer (*Actitis hypoleucos*)
- Feldlärche (*Alauda arvensis*)
- Spießente (*Anas acuta*)
- Krickente (*Anas crecca*)
- Stockente (*Anas platyrhynchos*)
- Knäkente (*Anas querquedula*)
- Schnatterente (*Anas strepera*)
- Graugans (*Anser anser*)
- Saatgans (*Anas fabalis*)
- Wiesenpieper (*Anthus pratensis*)
- Graureiher (*Ardea cinerea*)
- Tafelente (*Aythya ferina*)
- Reiherente (*Aythya fuligula*)
- Schellente (*Bucephala clangula*)
- Flußregepfeifer (*Charadrius dubius*)
- Sandregenpfeifer (*Charadrius hiaticula*)
- Trauerseeschwalbe (*Chlidonias niger*)
- Wiesenweihe (*Circus pygargus*)
- Saatkrähe (*Corvus frugilegus*)
- Höckerschwan (*Cygnus olor*)
- Blässhuhn (*Fulica atra*)
- Bekassine (*Gallinago gallinago*)
- Austernfischer (*Haematopus ostralegus*)
- Silbermöwe (*Larus argentatus*)
- Sturmmöwe (*Larus canus*)
- Heringsmöwe (*Larus fuscus*)
- Zwergmöwe (*Larus minutus*)
- Feldschwirl (*Locustella naevia*)
- Nachtigall (*Luscinia megarhynchos*)
- Zwergsäger (*Mergus albellus*)
- Gänsesäger (*Mergus merganser*)
- Großer Brachvögel (*Numenius arquata*)
- Steinschmätzer (*Oenanthe oenanthe*)
- Bartmeise (*Panurus biarmicus*)
- Kormoran (*Phalacrocorax carbo sinensis*)
- Kampfläufer (*Philomachus pugnax*)
- Gartenrotschwanz (*Phoenicurus phoenicurus*)
- Haubentaucher (*Podiceps cristatus*)
- Tüpfelsumpfhuhn (*Porzana porzana*)
- Flußseeschwalbe (*Sterna hirundo*)
- Zwergtaucher (*Tachybaptus ruficollis*)
- Brandgans (*Tadorna tadorna*)
- Dunkelwasserläufer (*Tringa erythropus*)
- Grünschenkel (*Tringa nebularia*)
- Waldwasserläufer (*Tringa ochropus*)

Die Flächen im LSG werden aber auch regelmäßig vom Seeadler (*Haliaeetus albicilla*) zur Jagd genutzt. Darüber hinaus kommt dem LSG für zahlreiche gewässergebundene Vogelarten sowie für viele typische Vogelarten der Auenlandschaft eine besondere Lebensraumfunktion zu.

4. Gefährdungen und Schutzbedürftigkeit

Auf dem Hammelwarder Sand beeinträchtigen verschiedene Nutzungen die Natura 2000-Schutzgüter und ihre Funktionen. Aktuell werden weite Teile des sommerbedeichten Vorlandes großflächig sehr intensiv landwirtschaftlich genutzt. Neben überwiegend intensiv genutztem Grünland finden sich dabei auch hohe Anteile an Ackerflächen, auf denen neben Mais und Getreide auch Kohl angebaut wird. Extensiv genutztes Grünland oder auch Brache- bzw. Röhrichtflächen sind nur vereinzelt und auch nur in geringen Flächenanteilen vorhanden.

Das Nutzungsregime beschränkt dabei insbesondere die Entwicklung von ästuartypischen bzw. (tide-)auentypischen Lebensräumen und hat negative Auswirkungen auf die Brut- und Gastvögel. So wird der Erhaltungszustand zahlreicher Vogelarten durch die teilweise sehr intensive landwirtschaftliche Nutzung und die hieraus resultierende Strukturarmut stark eingeschränkt. Allerdings können die Ackerflächen (z.B. Wintergetreide und -raps) auch als Nahrungsquelle für Nordische Gastvögel von hoher Bedeutung sein.

Die Nutzungsintensität steht im deutlichen Widerspruch zu den Bedürfnissen der Wiesenvögel. Düngung, frühe und häufige Schnitte auf Wiesen zur Silagegewinnung sowie die intensive Ackernutzung führen dazu, dass die typischen Brutvögel des Grünlandes nur geringe Bruterfolge haben. Neben den o.a. Beeinträchtigungen kommt es durch optische und akustische Reize immer wieder zu Störungen der Avifauna im Gebiet. So wird z.B. insbesondere der Sommerdeich z.T. sehr stark von Spaziergängern mit Hunden frequentiert, wodurch es immer wieder zu massiven Störungen im Gebiet kommt.

Insgesamt stellen die Verhinderung von Überflutungsereignissen, die intensive landwirtschaftliche Nutzung, die Entwässerung der Böden sowie die Freizeitnutzung eine potentielle Gefahr für die wertgebenden Vogelarten im Gebiet dar.

Durch die unterschiedlichen negativen Einflüsse auf das Gebiet bzw. einzelne Bestandteile wird der Erhaltungszustand der Brut- und Gastvögel eingeschränkt. Auf vielen Flächen kann aber durch angepasste Nutzungsformen und zielorientierte Pflegemaßnahmen wieder eine positive Entwicklung erreicht werden. Anzustreben ist hier unbedingt eine an die Lebensraumansprüche der Brutvögel angepasste Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie eine Vermeidung potentieller Störwirkungen.

5. Übersicht über die Regelungen des Verordnungsentwurfs

Mit der Aufnahme des EG-Vogelschutzgebietes „Unterweser“ in das Netz „NATURA 2000“ geht eine besondere Verpflichtung zum Schutz und zur naturnahen Entwicklung dieser Gebiete einher. Dabei ist ein sog. günstiger Erhaltungszustand der vorkommenden wertbestimmenden Vogelarten der Vogelschutzrichtlinie zu bewahren und – sofern dieser derzeit nicht besteht – zu verbessern oder wiederherzustellen. Neben den EU-rechtlichen Maßgaben ist die im Bereich des LSG vorhandene strukturreiche Marschenlandschaft mit ihren von Röhrichten gesäumten Sielen und Flethen sowie den eingestreuten Kleiabbaugewässern auch aus

landesweiter und regionaler Sicht einem Schutz zu unterstellen. Die im Verordnungsentwurf getroffenen Regelungen dienen der Umsetzung und Sicherstellung dieser Anforderungen.

So sollen die in der LSG-Verordnung aufgeführten Regelungen und Verbote verhindern, dass der Charakter des Gebietes verändert oder der besondere Schutzzweck gefährdet wird. Aufgrund der sehr komplexen Schutzanforderungen der EU-Schutzgebiete ist ein solcher direkter und umfassender Schutz erforderlich und wird dem bestehenden Verschlechterungsverbot des Art. 6 Abs. 2 FFHRL weitgehend gerecht.

Einzelne Nutzungen im Gebiet sind – ggf. unter Beachtung spezifischer Anforderungen oder Verhaltensweisen – aber auch mit dem Schutzzweck vereinbar oder dienen sogar den Zielsetzungen der Verordnung. Die wichtigsten Regelungen der Verordnung werden im folgendem erläutert.

Zum Schutz der sensiblen Tier- und Pflanzengesellschaften ist das **Betreten und Befahren des LSG** nur auf den vorhandenen Straßen und Wegen erlaubt (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 2). Davon ausgenommen ist das Betreten und Befahren des Gebietes durch Grundeigentümer oder deren Beauftragte, das Betreten und Befahren zur Ausübung rechtmäßiger Nutzungen (z.B. in der Landwirtschaft) oder zur Erfüllung dienstlicher sowie wissenschaftlicher Aufgaben durch konkret bestimmte Behörden/ Interessenvertreter (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. 1 und 2).

Auch die Durchführung von **Untersuchungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur naturnahen Entwicklung** des LSG einschließlich Maßnahmen der **Besucherlenkung**, die mit Zustimmung oder im Auftrag der zuständigen Naturschutzbehörde durchgeführt werden, sind von den Verboten freigestellt (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. 3).

Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 4 der LSG-VO bleiben auch sämtliche **Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder der Verkehrssicherungspflicht** von den Verboten freigestellt.

Die **Unterhaltung der vorhandenen Wege, Zufahrten, Überfahrten, Brücken und der sonstigen Verkehrsflächen** bleibt, sofern dies der Wiederherstellung des bisherigen Zustandes dient und soweit dies für die freigestellten Nutzungen erforderlich ist, von den Verboten der LSG-VO freigestellt. Allerdings darf zur Wegebefestigung kein Bau- und Ziegelschutt verwendet werden (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. 5).

Die **ordnungsgemäße Unterhaltung der Gewässer** ist nach vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde von den Verboten freigestellt, sofern von Abflusshindernissen nachteilige Auswirkungen für landwirtschaftliche Nutzflächen durch Wasserrückstau zu erwarten sind. Dabei bleiben auch die Ablagerung anfallenden Räumgutes auf den angrenzenden Flächen sowie die naturverträgliche mechanische Unterhaltung zulässig (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. 6).

Das LSG umfasst auch Teile des Sommerdeiches bzw. grenzt direkt an bestehende Küstenschutz- und Hochwasserschutzanlagen an. Diesbezüglich bleiben die **Pflege, Unterhaltung und Instandsetzung der vorhandenen Küstenschutz- und Hochwasserschutzanlagen**

weiterhin zulässig. Die Freistellung bezieht sich dabei auch auf die Vorhaltung von Geräten bzw. das Befahren des Gebietes mit Baufahrzeugen. Soweit die sofortige Durchführung der Maßnahme nicht im öffentlichen Interesse liegt, ist der Ausführungszeitpunkt allerdings mit der zuständigen Naturschutzbehörde abzustimmen (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. 7).

Der Hammelwarder Sand stellt einen wichtigen Suchraum für die **Kleigewinnung zum Deichbau** dar. Da die im Rahmen des Kleiabbaus hergestellten Gewässer bei entsprechend naturnaher Ausgestaltung z.T. eine wichtige Lebensraumfunktion für verschiedene Vogelarten übernehmen können, soll die Kleientnahme mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde von den Regelungen des § 3 der LSG-Verordnung freigestellt bleiben. Allerdings ist hier der Schutzzwecks gemäß § 2 der LSG-VO besonders zu berücksichtigen.

Die **Entnahme von Gehölzen außerhalb des Waldes** für den Eigenbedarf sowie die **fachgerechte Pflege von Hecken und Gehölzen außerhalb des Waldes** bleiben in der Zeit vom 01.10. bis 28.02. des jeweils darauffolgenden Jahres freigestellt. Allerdings wird für eine Gehölzentnahme im Vorfeld die Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erforderlich. Für die Pflege von Gehölzen bedarf es dagegen nur einer Anzeige bei der entsprechenden Behörde (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. 9 & 10).

Im Bereich des LSG befinden sich eine Hofstelle mit Wohngebäude sowie ein Wochenendhaus. Um die **Nutzung dieser rechtmäßig bestehenden Gebäude** auch weiterhin zu ermöglichen, bleibt diese unter besonderer Beachtung der Verbote in § 3 und ohne wesentliche Umgestaltung freigestellt (§ 4 Abs. 2 Nr. 14).

Sämtliche **rechtmäßig bestehende Anlagen und Einrichtungen** im LSG dürfen auch zukünftig in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang genutzt, betrieben und unterhalten werden. Für Maßnahmen und Arbeiten zu ihrer Instandsetzung bedarf es allerdings der Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens vier Wochen vor Beginn der Maßnahmen. (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. 15).

Bei den in das LSG einbezogenen **landwirtschaftlich genutzten Flächen** handelt es sich neben Grünland auch um Acker. Auf diesen Flächen bleibt die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung nach guter fachlicher Praxis unter Berücksichtigung konkreter Vorgaben und Regelungen freigestellt. Unter Berücksichtigung der Bedeutung des Gebietes als Lebensraum für mehrere wertbestimmende Brut- und Gastvogelarten der Vogelschutzrichtlinie, müssen einzelne Handlungen – unter Vorgabe des Verschlechterungsverbotes – allerdings durch die Regelungen der Verordnung untersagt bzw. reguliert werden.

Hierzu zählen z.B. Regelungen zur Umwandlung von Grünland in Acker, zu weiteren Entwässerungsmaßnahmen, zur Flächenbearbeitung (Schleppen, Walzen, Striegeln), zur Anwendung von Bioziden und anderen Pflanzenbehandlungsmitteln sowie zum Umgang mit Dünger (vgl. §§ 4 Abs. 3 Nr. 1 bis 4).

Darüber hinaus sind in der LSG-VO aber auch konkrete Vorgaben enthalten, durch die aktiv eine Verbesserung der Habitatstrukturen erreicht bzw. der Bruterfolg einzelner Arten verbessert werden soll. Hierzu zählen u.a. die Anlage oder Erhaltung eines mindestens 5 m breiten

Streifens auf einer Seite einer bewirtschafteten Ackerfläche als Blühfläche, Grünland, Selbstbegrünung oder Sukzession (vgl. § 4 Abs. 3 Nr. 1 b). Ein entsprechender Streifen soll dabei insbesondere als Nahrungsfläche und Fluchtkorridor für Jungvögel dienen. Außerdem soll eine Mahd von Grünland langsam von innen nach außen oder von der einen zur anderen Seite durchgeführt werden, um so den Jungtieren die Flucht zu ermöglichen (vgl. § 4 Abs. 3 Nr. 3 i). Die in der Verordnung benannten Regelungen stellen dabei das Ergebnis einer Abwägung zwischen den Ansprüchen der wertbestimmenden Vogelarten einerseits und den wirtschaftlichen Erfordernissen der Landwirtschaft andererseits dar. Es ist aber ausdrücklich hervorzuheben, dass mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde auch von einzelnen Regelungen (z.B. Mahdtermine) abgewichen werden kann, wenn die jeweilige Maßnahme nicht dem Schutzzweck nach § 2 zuwiderläuft. Dies muss aber jeweils im Einzelfall von der zuständigen Naturschutzbehörde oder einer von ihr beauftragten fachkundigen Person festgestellt werden (Kontrolle auf potentiell vorhandene Nester durch z.B. Drohnenbefliegung [siehe hierzu § 4 Abs. 2 Nr. 13]). Unterschiedliche Mahd- und Beweidungszeitpunkte haben dabei unter anderem auch das Ziel, in Abstimmung mit den Landwirten ein für den Brutvogelschutz günstiges Nutzungsmosaik im Vogelschutzgebiet zu erzielen.

Die im Gebiet vorhandenen Kompensationsflächen werden gemäß der Festlegungen in der jeweiligen Baugenehmigung/ Plangenehmigung/ Planfeststellung etc. bewirtschaftet. Die landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen erfolgt überwiegend als Pflege- und Entwicklungsmaßnahme und ist mit der zuständigen Naturschutzbehörde einvernehmlich abgestimmt (vgl. § 4 Abs. 3 Nr. 4).

Die **ordnungsgemäße Ausübung der Jagd** (i. S. von § 1 Abs. 4 und 5 des Bundesjagdgesetzes) bleibt im LSG freigestellt (vgl. § 4 Abs. 4).

Dem allgemeinen Verbot unterliegt jedoch die Anlage von Wildäckern, Wildäsungsflächen, Futterplätzen und Hegebüschen ohne Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde. Von diesen Regelungen bleibt die Verpflichtung zur Fütterung in Notzeiten gemäß § 32 NJagdG unberührt. Darüber hinaus ist die Anlage von mit dem Boden fest verbundenen jagdlichen Einrichtungen im Vorfeld bei der zuständigen Naturschutzbehörde anzuzeigen (vgl. §§ 4 Abs. 4 Nr. 2 & 3). Um eine potentielle Störung der wertbestimmenden Brut- und Gastvögel im Bereich des Vogelschutzgebietes V 27 „Unterweser“ ausschließen zu können, bedarf es hier für die Jagdhundausbildung außerhalb der Zeit vom 15.07. bis 15.10. eines jeden Jahres einer vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde (vgl. § 4 Abs. 5 Nr. 4). Darüber hinaus wird die Verwendung von Bleischrot und das Hinterlassen von Aufbrüchen mit bleihaltiger Munition sowie das Einschließen von Waffen verboten (vgl. § 4 Abs. 4 Nr. 5 & 6).

Einige der im LSG liegenden Fließ- und Stillgewässer werden traditionell durch örtliche Angelsportvereine bewirtschaftet. Unter Berücksichtigung der z.T. langjährig gegebenen Nutzungsstrukturen bleibt die **ordnungsgemäße fischereiliche Nutzung** der Gewässer durch den jeweiligen Fischereipächter bzw. Eigentümer unter Berücksichtigung konkreter Vorgaben sowie z.T. gewässerbezogener Regelungen freigestellt (§ 4 Abs. 5).

Sofern dies für die jeweilige Freistellung vorgesehen ist, kann die zuständige Naturschutzbehörde im Rahmen ihrer **Einvernehmens- bzw. Zustimmungserteilung oder im Anzeigeverfahren** Regelungen zu Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise treffen, die geeignet sind, Beeinträchtigungen oder Gefährdungen des LSG, einzelner seiner Bestandteile oder seines Schutzzweckes entgegenzuwirken (vgl. § 4 Abs. 6).

Bei zustimmungspflichtigen Maßnahmen muss die Naturschutzbehörde dabei immer eine aktive Entscheidung treffen. Der Antragsteller hat hier immer eine explizite Antwort der Behörde abzuwarten. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn die angestrebte Maßnahme den Schutzzweck nicht beeinträchtigt.

Bei anzeigepflichtigen Maßnahmen kann die zuständige Naturschutzbehörde die Maßnahme innerhalb der Frist von vier Wochen untersagen oder wie vorstehend beschrieben regeln, wenn die Maßnahme die Erhaltungsziele bzw. den Schutzzweck beeinträchtigt. Untersagt oder regelt die Naturschutzbehörde die Maßnahme bis zum Ablauf der Frist nicht, kann die Maßnahme danach ohne weiteres durchgeführt werden. Stimmt die Naturschutzbehörde vor Ablauf der Frist der Maßnahme zu, kann diese sofort durchgeführt werden.

Darüber hinaus bleiben **bestehende behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte** von den Regelungen der LSG-VO unberührt, soweit dort nichts anderes bestimmt ist (vgl. § 4 Abs. 18). Hierunter fallen z. B. Planfeststellungsbeschlüsse, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zulassungen und Plangenehmigungen. Ebenfalls bleiben bestehende Kompensationsauflagen, die über die Verbote der Verordnung hinausgehen, unberührt.

Die Entschädigungspflicht für Einschränkungen und Auflagen auf privaten Flächen ist im § 68 BNatSchG geregelt. Für Einschränkungen auf den land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen besteht ein Anspruch auf Erschwernisausgleich und ggf. Vertragsnaturschutz.

Weitere im Erläuterungstext im Einzelnen nicht aufgeführte Regelungen für das LSG „Hammelwarder Sand“ sind direkt dem Verordnungstext zu entnehmen.